

Anpassungsvorschlag FuEul-Unionsrahmen im Kontext der UEBLL

Das Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) ist ein Geschäftsbereich der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH. Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) betreut das KEI das Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“, das dazu beitragen soll, die deutsche Industrie klimaneutral und damit zukunftsfähig zu machen. In dieser Funktion berät und fördert das KEI Unternehmen der energieintensiven Industrien im Rahmen des Förderprogramms „Dekarbonisierung in der Industrie“.

Das Kompetenzzentrum für Klimaschutz in energieintensiven Industrien nimmt die Möglichkeit gern wahr, sich am Überarbeitungsprozess zum EU-Beihilferecht zu beteiligen. Bereits im Novellierungsprozess der Umweltschutz- und Energiebeihilfeleitlinien finden sich Vorschläge zur Erhöhung der Beihilfehöchstintensitäten für besonders effektive Projekte im Bereich des Klimaschutzes sowie deren mögliche Betriebskostenförderung. Diese sind notwendig, um Investitionen in treibhausgasneutrale Industrieanlagen auf nationaler Ebene ausreichend unterstützen zu können.

Hier sehen wir insbesondere die Methodik zur Bestimmung umweltschutzbezogener Mehrkosten durch Referenzinvestitionen kritisch. Dieser Ansatz stammt aus einer Zeit, in der Unternehmen primär in Effizienzsteigerungen existierender Produktionsprozesse investiert haben. Durch den EU Green Deal und nationale Ziele zum Erreichen der Treibhausgasneutralität sind dagegen grundlegend neuartige Produktionsanlagen und Sprunginnovationen für die Dekarbonisierung der Grundstoffindustrien erforderlich, deren Förderung im Beihilferecht aktuell nicht ausreichend abgebildet werden. Hier ist es oft schon technisch unmöglich vergleichbare Referenzinvestition festzulegen, sodass die Gesamtinvestitionskosten der Vorhaben als förderfähig gelten sollten. Zudem ist mit derartigen Investitionen ein wesentlich erhöhtes Risiko verbunden, welches die absoluten Beihilfesummen entsprechend abbilden müssen, um eine ausreichende Anreizwirkung zur Dekarbonisierung zu erzielen.

Mit dieser Argumentation zur Anpassung der UEBLL und der entsprechenden Beihilfehöchstintensitäten wird allerdings auch eine Anpassung des FuEul-Unionsrahmens notwendig. Hier gelten zwar bereits die Gesamtinvestitionskosten (sowie vorhabenbezogene Betriebskosten) der Forschungs- und Entwicklungsprojekte regulär als förderfähig, dafür findet hier der **Klimaschutzaspekt und damit EU Green Deal** bisher keine direkte Berücksichtigung in den Beihilfehöchstintensitäten. Im Notifizierungsprozess sind zwar höhere Beihilfequoten für EU Green Deal-relevante Projekte möglicherweise einfacher zu begründen, zu bevorzugen wäre hier aber deren rechtliche Verankerung.

Insbesondere die Beihilfehöchstintensitäten im Bereich der experimentellen Entwicklung treibhausgasneutraler Verfahren wären nicht mehr verhältnismäßig zu den geltenden Beihilfehöchstintensitäten für Investitionsprojekte, bei denen es keine Referenzinvestitionen gibt. Mit der oben erläuterten Anpassung der UEBLL würde sich bspw. für Großunternehmen und Investitionen in **treibhausgasneutrale** Produktionsanlagen mit TRL 8-9 eine

Beihilfehöchstintensität von 40% der gesamten Investitionssumme ergeben. Für Pilotanlagen mit TRL 5-7 desselben Unternehmens, die nach dem bisherigen FuEuI gefördert werden, dagegen eine Beihilfehöchstintensität von lediglich 25%. Aus diesem Grund schlagen wir vor, dass auch die Beihilfehöchstintensitäten für industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung für FuEuI-Projekt mit dem **expliziten Ziel einer treibhausgasneutralen Produktion** deutlich angehoben werden. Nur so kann die zeitnahe Verfügbarkeit der entsprechenden Technologien sichergestellt werden. Zudem sollte die Zuordnung von Vorhaben bzw. einzelner Arbeitspakete zu den entsprechenden Forschungsbegriffen „industrielle Forschung“ und „experimentelle Entwicklung“ vereinfacht werden. Hier sind die begrifflichen Grenzen einerseits sehr unscharf, die Beihilfehöchstintensitäten unterscheiden sich dagegen drastisch. Der Verweis der EU auf die „eigene Praxis“ sowie das Frascati-Handbuch sind dabei wenig hilfreich. Somit besteht hier eine enorme Unsicherheit bei der Festlegung von Förderquoten in Projekten.

Vorschlag 1: Anpassung der einzelnen Rechtsrahmen (Erhöhung zum aktuellen Rechtsrahmen speziell für Projekte industrieller Treibhausgasneutralität in Klammern)

Beihilfehöchstintensitäten	Kleine Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Große Unternehmen
FuEuI-Unionsrahmen für F&E-Projekte zu treibhausgasneutralen Produktionsverfahren			
Industrielle Forschung	80 % (+10%)	70 % (+10%)	60 % (+10%)
Experimentelle Entwicklung	70 % (+25%)	60 % (+25%)	50 % (+25%)
Durchführbarkeitsstudien	70 %	60 %	50 %
UEBLL speziell für Investitionsvorhaben in treibhausgasneutrale Produktionsverfahren			
Gesamtinvestitionskosten	60 %	50 %	40 %
Investitionen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen	65 %	55 %	45 %

Vorschlag 2: Neuer, zusammengeführter Rechtsrahmen bzw. abgestimmte Einzelrechtsrahmen für **Projekte der industriellen Treibhausgasneutralität** mit Staffelung der Beihilfehöchstintensität über die TRL-Skala/Begriffe

Beihilfehöchstintensitäten	Kleine Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Große Unternehmen
Rechtsrahmen speziell für Industrieprojekte zu treibhausgasneutralen Produktionsverfahren (EU Green Deal)			
TRL 1-4 (Industrielle Forschung)*	80% (+10%)	70%(+10%)	60%(+10%)
TRL 5-7 (Experimentelle Entwicklung)*	70%(+25%)	60%(+25%)	50%(+25%)
TRL 8-9 (Anlageninvestition)	60%	50%	40%

*Hierbei können entsprechend dem bisherigen FuEul-Unionsrahmen weiterhin auch vorhabenbezogene Betriebskosten gefördert werden

Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI)

Karl-Liebknecht-Str. 33
03046 Cottbus

Tel. 0355 / 47889-101

kei@z-u-g.org

<https://www.klimaschutz-industrie.de/>